

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Nick Brauns
09.01.2021

Proteste in Istanbul gehen weiter.

Absetzung des vom Staatspräsidenten eingesetzten Rektors gefordert

In Istanbul reißen die Proteste gegen die von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan zu Jahresbeginn verfügte Einsetzung seines Parteifreundes Melih Bulu als Rektor der renommierten Bogazici-Universität nicht ab. Erstmals seit der Militärdiktatur vor 40 Jahren sei ein von außerhalb des Universitätskollegiums kommender Rektor per Dekret eingesetzt worden, kritisierten in ihre Talare gekleidete Dozenten am Freitag vor dem Rektoratsgebäude der Bogazici-Universität. »Wir akzeptieren das nicht, wir geben nicht auf«, beendeten die Wissenschaftler ihre von minutenlangem Applaus von Studierenden bedachte Erklärung.

Besondere wissenschaftliche Leistungen kann der 50jährige Bulu nicht vorweisen. Im Gegenteil: Wegen seiner Doktorarbeit sah er sich mit Plagiatsvorwürfen konfrontiert. Dafür punktet das langjährige Mitglied der islamistischen Regierungspartei AKP, das sich 2015 erfolglos für ein Parlamentsmandat beworben hatte, mit politischer Zuverlässigkeit im Sinne Erdogans.

Die Bogazici-Universität ist die führende Hochschule der Türkei. Obwohl die »Eliteuniversität« staatlich ist, galt sie bislang als Refugium freien intellektuellen und wissenschaftlichen Austausches. So wehrten sich Studierende in den vergangenen Jahren gegen den Versuch islamistischer Gruppierungen, auf dem Campus Fuß zu fassen, und das Universitätskollegium stellte sich 2017 geschlossen hinter zwei vom staatlichen Hochschulrat YÖK nach Unterzeichnung eines Friedensappells suspendierte Dozenten.

Die Studierenden, die seit Montag auf die Straße gehen, fordern, dass Bulu zurücktritt, der Rektor von universitären Gremien gewählt wird und ihre festgenommenen Kommilitonen freigelassen werden. Die Ernennung von Zwangsverwaltern an Universitäten zerstöre deren

Autonomie, kritisierte eine Sprecherin der Studierenden, Idil Berivan Kaya, am Mittwoch auf einer Kundgebung. Dies könne aber nicht unabhängig von den sonstigen Entwicklungen im Land gesehen werden, verwies Kaya auf die Einsetzung von staatlichen Zwangsverwaltern in zuvor von der linken HDP regierten Rathäusern in den kurdischen Landesteilen.

24 Studierende, die in den vergangenen Tagen aufgrund ihrer Teilnahme an Protesten durch schwerbewaffnete Antiterrorereinheiten in ihren Wohnungen festgenommen wurden, sind am Donnerstag abend unter Meldeauflagen von einem Istanbuler Gericht freigelassen worden. 13 befinden sich weiterhin in Polizeigewahrsam. Ärztliche Gutachten belegten, dass die Festgenommenen von der Polizei geschlagen wurden, berichtete die Nachrichtenseite Gazete Duvar. Die linke und kemalistische Opposition aus HDP und CHP, Studierende anderer Universitäten sowie das in London ansässige Netzwerk World University Service (WUS) solidarisierten sich mit der Bogazici-Universität.

Das Recht zur Ernennung von Universitätsdirektoren, die bislang aus der Mitte der Dozenten gewählt wurden, beansprucht Staatschef Erdogan seit dem Ausnahmezustand, der auf den gescheiterten Putsch der Gülen-Sekte im Sommer 2016 folgte. Seit 2016 wurden 15 private Hochschulen, die der religiös-konservativen Gülen-Bewegung nahestanden, vom Staat geschlossen und mehr als 6.000 Dozenten von 122 Universitäten entlassen. Betroffen waren neben Gülen-Anhängern auch linke und säkulare Erdogan-Kritiker.